

Frühjahr 2014 • kostenlos

Politicum

Das Magazin der Fachschaft
Politik und Soziologie



**Gleich-
stellung**
THEMA › S. 10

Liebe Leser,

herzlich willkommen zur Wintersemester-Ausgabe des Politicum, der Zeitschrift eurer Fachschaft für Politik und Soziologie an der Universität Bonn. Ich hoffe, ihr alle konntet die vorlesungsfreie Zeit über Weihnachten genießen und hattet einen guten Start ins Jahr 2014!



Die vorliegende Ausgabe des Politicum hat zwei Themenschwerpunkte. Zunächst befassen wir uns mit der Frage nach dem Doppeljahrgang. Durch die Kürzung der Sekundarstufe II auf 8 Jahre hieß es für viele Universitäten, Vorbereitungen für den Ansturm zu treffen. Aber sind die Bewerber- und Studierendenzahlen wirklich so stark gestiegen? Ein Interview mit dem Studiengangsmanager des IPWS, Dr. Lutz Haarmann, gibt Aufschluss. Auch aus der anderen Perspektive wird der Einstieg in die Uni beleuchtet – Erstsemester aus beiden Schulformen berichten über ihre Ankunft an der Uni Bonn.

Darüber hinaus stellen wir uns die Frage: Wie steht es um weibliches Lehrpersonal? Gleichstellungsbeauftragte Ursula Mättig und Prof. Dr. Lucke äußern sich zur ungleichen Verteilung zwischen Männern und Frauen im wissenschaftlichen Personal – am IPWS, der Uni Bonn und im NRW-Vergleich. Die Fachschaft hat sich dazu auch einmal den Gleichstellungsplan des Instituts genauer angeschaut.

Des Weiteren findet ihr das bewährte Ohne-Worte-Interview, diesmal mit Karsten Jung, einen kritischen Kommentar zur »Kissinger-Professur« der Uni Bonn und vieles mehr.

Das Team des Politicum hat dieses Semester auch fähigen Nachwuchs bekommen. Ich danke besonders Alexander Grantl für die großartige Überarbeitung des Designs und Matthias Schwär, der die Aufgabe des Lektors übernommen hat. Natürlich gilt mein Dank auch Lisa Kugele, ohne deren Koordination vor Ort diese Ausgabe nicht möglich gewesen wäre, sowie allen Schreiberinnen und Schreibern, die Beiträge für diese Ausgabe verfasst haben!

Wenn ihr, liebe Leser, auch mal einen Artikel schreiben oder bei der Konzeption des Politicum mitwirken möchtet, dann meldet euch einfach bei eurer Fachschaft!

... und nun viel Spaß beim Lesen!

Niko

Inhalt

- 4 **Ohne Worte**
antwortet Karsten Jung
- 6 **Herausforderung Doppeljahrgang**
Wie Studierende den Einstieg meistern
- 8 **»Der Ansturm ist ausgeblieben«**
Studiengangsmanager Dr. Haarmann im Gespräch
- 10 **Wo Mann lehrt**
Am IPWS gibt es zu wenig Wissenschaftlerinnen
- 11 **Gleichstellungsplan des IPWS**
- 12 **Promotion und dann unter die Haube?**
Prof. Dr. Doris Lucke im Gespräch
- 14 **kurzgefragt**
Miriam Schütte zu Beruf und Familie
- 15 **»Ich wünsche mir verbindliche Zielquoten«**
Gleichstellungsbeauftragte Ursula Mättig im Gespräch
- 18 **Wahltag ist Zahltag – auch für die Regierungslehre**
Eine Buchrezension
- 19 **Einmal Europa und zurück**
Helge Dresen ist EU Career Ambassador
- 20 **Aktuelles zu ERASMUS**
- 21 **Drei Themen, drei Meinungen**
- 25 **Wenn Geld die Welt blendet**
Kommentar zur Kissinger-Professur
- 27 **Impressum**



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

wir wünschen euch ein frohes neues Jahr und einen guten Start in 2014! Das vergangene war wieder einmal ein sehr ereignisreiches Jahr für die Fachschaft Politik und Soziologie.

Ein Muss war beispielsweise die allseits beliebte Fachschaftspart(é)y im Dezember, die dieses Mal im frisch renovierten Pantheon stattfand. Wir hoffen es hat euch genauso viel Spaß gemacht wie uns! Auch die diesjährige Weihnachtsfeier hat uns alle mit leckerem Glühwein und Plätzchen in weihnachtliche Stimmung versetzt.

Wie schon im letzten Jahr haben wir in Kooperation mit dem Mentorat versucht, eure politische Neugier mit Ringseminaren zu aktuellen Themen und den Doktorarbeiten der Dozenten zu befriedigen. Dabei sind einige spannende Diskussionen zustande gekommen, sodass ihr auch 2014 wieder mit dieser Veranstaltungsreihe rechnen könnt.

Wir hoffen, dass 2013 auch für unsere Erstis ein erfolgreicher Start ins Studium war. Mit unseren Ersti-Tagen und vielen feucht-fröhlichen Aktionen wie der Ersti-Fahrt haben wir euch hoffentlich den Einstieg in das harte Studentenleben erleichtert.

Ein wichtiges Ereignis war die Auswahl der Kultursoziologie-Professur. Nachdem wir fleißig die Werbetrommel gerührt haben, sind viele von euch zu den Lehrproben gekommen und haben ihre Chance genutzt, über die beiden studentischen Vertreterinnen in der Auswahl-Kommission Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen. Wir danken allen, die sich ein paar Stunden freigenommen haben, um sich die Be-

werberinnen und Bewerber anzuschauen. Wir sind gespannt, wer demnächst am Rednerpult stehen wird.

Zum Ende des Semesters haben wir euch wieder die Chance gegeben, die Lehre am Institut zu bewerten: In allen Seminaren, Übungen und Vorlesungen wurden Evaluationsbögen ausgegeben, die wir nun fleißig auswerten. Die Ergebnisse werden im Laufe der Semesterferien auf eCampus zu finden sein.

Wie ihr seht, gibt es bei uns immer was zu tun. Deswegen freuen wir uns stets über Interessierte, die Lust haben, sich bei uns zu engagieren. Wenn ihr euch einmal anschauen wollt, was wir genau machen, kommt vorbei! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum. Unsere neuen Ersti-Fachschaftler werden euch bestätigen können, was für ein netter Haufen wir sind.

Bei Fragen und Problemen könnt ihr euch natürlich auch immer an uns wenden. Außer in unseren wöchentlichen Sitzungen könnt ihr uns in der regulären Sprechstunde Montag – Donnerstag 12-13 Uhr (in der vorlesungsfreien Zeit mittwochs, 12-13 Uhr) in unserem Büro in der Lennéstraße 27 kontaktieren.

Und noch zuletzt: Noch ein großes Dankeschön an unsere »Doppelspitze« vom Politicum! Chefredakteur Niko hat sich bereit erklärt, auch aus dem schönen Sizilien weiter die Verantwortung für die Zeitschrift zu tragen und die stets engagierte Lisa hat vor Ort alles geregelt – vielen Dank!

Hannah und Theresa, Vorsitz der Fachschaft

Karsten Michael Jung

ohne Worte

GEBOREN am 8. Dezember 1980 in Koblenz · **BERUF** Wissenschaftlicher Mitarbeiter · **AUSBILDUNG** Regionalwissenschaften Nordamerika, Politikwissenschaft, Völkerrecht (Magister), International Relations in Bonn und Washington · **STATUS** Europäer



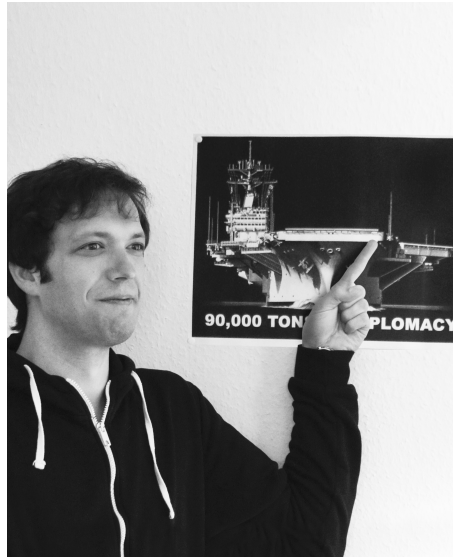
Wie weit sind Sie eigentlich mit Ihrer Doktorarbeit?

Bis zu diesem Interview hielt unser Fotograf die kleine Tür neben dem Großen Übungsraum eigentlich für den Zugang zur Abstellkammer. Übelnehmen kann man ihm das wahrlich nicht, denn das Büro von Karsten Jung und seinem Kollegen Simon Falke, das sich tatsächlich hinter der Tür befindet, hat durchaus Besenkammercharakter.

Jungs Arbeitsschwerpunkte, darunter »Außen- und Sicherheitspolitik des Westens« eignen sich zudem wenig für ein Foto-Interview. Schon eher für eine Doktorarbeit. Die schreibt Jung übrigens auch – zum Thema »Contemporary Concerts: On the Cold War Renaissance of Great Power Crisis Management«.



Was können Sie sich als Dozent überhaupt nicht erlauben?



Und wie zeigen Sie als Dozent Autorität?



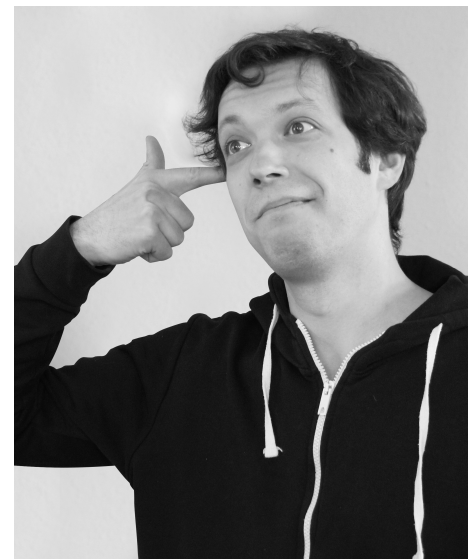
Sie haben auch in Washington studiert – und waren ein guter Footballer?



Als Unternehmensberater haben Sie auch schon gearbeitet. Haben Sie viel gelernt?



Ihre Arbeit eignet sich gar nicht für ein Foto-Interview. Trotzdem: Beschreiben Sie die Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik!



Ein anderer Karsten Jung wollte 2013 für die FDP in den Bundestag. Das wollen Sie doch auch, stimmt's?

Herausforderung Doppeljahrgang

Wie Studierende den Einstieg meistern

Wie ein gewaltiger Orkan wurde er erwartet, Universitäten in ganz NRW bereiteten sich vor, bauten an, stellten ein, machten sich »wetterfest«. Der Doppeljahrgang absolvierte im Frühjahr dieses Jahres das Abitur und die erhöhten Bewerberzahlen verschafften angehenden Erstsemestern zusätzlichen Druck.

von **Leonie Gubela, Janina Klement, Marek Majewsky und Max Wilshaus**

Carina Stäger, Laila Riedmiller, Philipp Lukas und Florens Söhl entschieden sich für ein politikwissenschaftliches Studium an der Uni Bonn – Carina und Florens aus Bergisch-Gladbach und Bad Honnef nach acht Schuljahren, die Pfälzer Laila und Philipp nach neun.

Politicum: Habt ihr euch in Anbetracht des angekündigten Ansturms auf die Hochschulen in NRW deutschlandweit und breit gefächert beworben?

Florens: Ich habe mich zusätzlich zu Bonn in Köln und an der Hochschule Rhein-Sieg beworben.

Dabei hatte ich im Hinterkopf, dass Wohnungen teuer sind und freie WG-Zimmer rar, die Plätze im Studentenwohnheim sind ebenfalls heiß begehrt. Ich habe versucht, hier in Bonn einen Studienplatz zu bekommen, damit ich noch zu Hause wohnen bleiben kann.

Philipp: Ich habe mich sehr breit beworben. Bei mir in der Nähe wären Mannheim, Mainz und Heidelberg infrage gekommen und weil ich den Wunsch hatte, weiter von zu Hause weg zu gehen, habe ich mich auch in Köln, Bonn, Düsseldorf und Essen beworben.

Im Endeffekt bin ich in Bonn gelandet und mit meiner Entscheidung sehr glücklich.

Hat der angekündigte Ansturm auf die nordrhein-westfälischen Unis deine Entscheidung dich hier zu bewerben beeinflusst?

Philipp: Nein, daran habe ich erst gedacht, als ich mich schon beworben hatte. Der relativ hohe NC hätte mich aber wahrscheinlich schon abgeschreckt, deswegen bin ich froh, dass ich mir vor meiner Bewerbung dazu keine großen Gedanken gemacht habe.

Laila: Bei mir ging es primär um die Schönheit der Städte, deshalb habe ich auch erst an Heidelberg und Mannheim gedacht. Dass es im Endeffekt Bonn geworden ist, war Zufall! Eine Mitabiturientin und Freundin von mir wollte in Bonn eine WG eröffnen und ich habe zu dem Zeitpunkt erst begonnen, die Stadt, die mir immer ein wenig im Schatten von Düsseldorf und Köln erschien, in Erwägung zu ziehen, weil sie auch nicht so weit weg von meinem Zuhause ist. Jedoch habe ich mich auch an vielen weiteren Unis beworben, da der NC für meine Fächer Politik und Psychologie in diesem Jahr sehr hoch war, natürlich auch aufgrund des Doppeljahrgangs.

Carina, du bist noch nicht volljährig und hast in einem G8-Jahrgang Abitur gemacht. Wie kommt es, dass du dich dafür entschieden hast, direkt von der Schule an die Uni zu gehen,

anstatt ein Jahr etwas anderes zu machen?

Carina: Eigentlich wollte ich ein Auslandsjahr machen und habe auch schon begonnen, das zu planen. Dann habe ich mich doch umentschieden, weil ich Lust hatte, zu studieren und außerdem wurde mir klar, dass es für mich sinnvoller ist, ins Ausland zu gehen, wenn ich 18 bin. Ich habe dann mehr Möglichkeiten offen und kann komplett selbstständig herumreisen.

Erlebst du wegen deines Alters Einschränkungen?

Carina: Meine Eltern mussten zumindest bei der Einschreibung dabei sein. In der Uni selbst habe ich alle Freiheiten, die meine volljährigen Kommilitonen auch haben, nur im sozialen Leben ist es manchmal etwas schwieriger, wenn man noch 17 ist.

Carina, hattest du Probleme bei der Wohnungssuche?

Carina: Ja! Bei vielen Anzeigen für Wohnungen oder WGs war Voraussetzung, dass man 18 oder sogar 20 Jahre alt sein muss. Auch sonst bin ich auf Vorurteile gestoßen. Ich war ja noch 16, als ich die Leute angeschrieben habe. Wenn ich mich vorstellen durfte, war es für die meisten kein Problem mehr. Jetzt wohne ich bei jemandem zur Untermiete, hätte aber auch in eine WG ziehen können.



Wie wurde der Ansturm in der Bewerbungsphase und in den ersten Wochen von der Uni organisiert? Wurde euch der Start von der Fachschaft oder vom Mentorat leichter gemacht?

Laila: Bei der Einschreibung wurden wir von der Fachschaft Politik mit Tüten empfangen und uns wurde beschrieben, wohin wir gehen mussten und was wir zu tun hatten. Dadurch ging alles schneller und es war ein netter und gut organisierter Start.

Florens: Die Vorkurse waren toll! Bevor das Semester losging, bedeutete das eine Woche Unterricht und eine gute Vorbereitung auf die Uni, das Mentorat ist mir dabei sehr positiv aufgefallen.

Laila: Ich habe die Vorkurse ebenfalls besucht und es war auf jeden Fall eine gute Auffrischung, um wieder in die Themen reinzukommen, obwohl ich nur ein halbes Jahr Pause zwischen Schule und Uni hatte. Gut war auch, schon einige Dozenten und ihre Eigenheiten kennenzulernen und es gab auch spannende Angebote wie den »Weg der Demokratie«.

Gab es Probleme aufgrund der Bewerberzahl? Hat jemand gemerkt, dass es den angekündigten Ansturm auf Wohnungen gab?

Carina: Ich hab' schon häufiger gehört, dass die Vermieter extrem viele Bewerber hatten und Studentenwohnheime grundsätzlich voll waren.

Bei meinem jetzigen Zimmer war der Ansturm wohl auch sehr groß.

Philipp: Mir fehlt natürlich der Vergleich zum letzten Jahr, aber gemerkt habe ich es schon. Ich musste immer auch sehr weit fahren – zu Besichtigungen mit 30 anderen bin ich gar nicht erst hin. Durch mein FSJ konnte ich auch nicht ständig nach Bonn.

Hast du trotzdem direkt etwas gefunden oder musstest du pendeln?

Philipp: Ich hatte großes Glück und die erste Wohnung, die ich mir angeschaut habe, auch bekommen. Zumal ich circa 40 Bewerbungen geschrieben habe, allerdings nur fünf Mal eingeladen wurde.

Laila: Ich habe gestern noch von jemandem Antwort bekommen,

den ich vor fünf Monaten angeschrieben habe.

Wie seid ihr mit der neuen Situation klar gekommen? Plötzlich einkaufen, Wäsche waschen, putzen. Hat das direkt geklappt, oder hat sich irgendwann in der Ecke die Wäsche gestapelt?

Philipp: Wir haben erst vorletzte Woche eine Waschmaschine für unsere WG bekommen. Davor habe ich Sachen angezogen, damit hätte ich nicht mal mehr bei den »New Kids« auftreten können. Ich kam seltsamerweise deutlich schneller ins selber Haushalten, als in den Uni-Alltag rein. Das macht mir auch eigentlich Spaß.

Carina: Also bei mir klappt es an sich relativ gut. Am Anfang war es etwas stressig, weil ich mir noch einen neuen Physiotherapeuten und eine Fahrschule suchen musste, da ich vorher ja nicht alt genug war.

Laila: Ich hab' vorher schon ein Jahr alleine gewohnt. Das ist in unserer WG auch relativ auffällig, weil ich dann alles ein bisschen organisiert habe, so nach dem Motto: Du gehst jetzt morgen Klopapier kaufen.

Florens, du wohnst noch zu Hause. Hast du das Gefühl, dass du jetzt auch unbedingt ausziehen musst, weil die Freiheiten größer sind?

Florens: Natürlich genießt man mehr Freiheiten, wenn man nicht mehr bei Mutti wohnt, aber dafür würde ich sagen, dass ich kontotechnisch etwas besser dastehe. Miete und so was ist ja relativ hoch. Wobei man natürlich auch selbstständiger wird, wenn man nicht mehr zu Hause wohnt.

Stichwort Erstiwoche: Wer hat da mitgemacht und wenn ja, wem und wie hat es geholfen?

Phillip: Ich hab keine Vorkurse gemacht und hatte daher erst in den Einführungswochen Kontakt zu den Leuten. Mir hat es enorm geholfen, da ich keine Ahnung hatte, was wo liegt. Ich kannte niemanden und hatte wenig Orientierung. Durch das gute Angebot der Fachschaft habe ich diese Orientierung bekommen. Das war einfach top organisiert und da ist einem klar geworden: Jetzt fängt etwas Neues an.

Laila: Ich hab sowohl die Vorkurse als auch die Einführungswoche mitgemacht und beides hat geholfen, schon mal Freundschaften zu schließen und Leute kennenzulernen.

Stimmen Erwartungen und Realität in Bezug auf euer Studentenleben miteinander überein?

Carina: Meine Erwartungen wurden erfüllt, teilweise sogar übertroffen. Mit meinem Alter hatte ich anfangs ein wenig Bedenken, dass ich auf Ablehnung stoßen könnte, aber das hat sich absolut nicht bewahrheitet.

Florens: Ich habe mir die Uni eher als eine Art große Schule vorgestellt und es ist doch was ganz anderes – mehr Freiheiten zum Beispiel und das genieße ich auch. ◆

»Der Ansturm ist ausgeblieben«

Im Gespräch mit Studiengangsmanager Dr. Haarmann

Dr. Lutz Haarmann studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Bochum und Bonn, wo er von 2008 bis 2011 für Prof. Dr. Tilman Mayer tätig war. Seit 2011 ist er nun Studiengangsmanager an unserem Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie und kümmert sich um die Belange der ca. 900 Studierenden.

Von Daniel Stich

Politicum: Haben Sie zu diesem WS 2013/14 neue Entwicklungen und Trends der Studierenden - der neuen wie der alten - an unserem Institut feststellen können?

Lutz Haarmann: Zunächst einmal blicke ich wie jedes Jahr in viele neugierige und aufgeweckte Gesichter, was mich jedes Mal aufs Neue freut. Zum Zweiten konnte ich feststellen, dass die Verzahnung von Mentorat und Fachschaft, gerade was Vorkurse und Erstsemesterwochen angeht, auf jeden Fall sehr hilfreich ist beim Übergang von der Schule zur Hochschule. Insofern haben wir da gute Möglichkeiten und gute Instrumente, um die neuen Studierenden hier schnell in unser Institut integrieren zu können.

Angesichts der diesjährigen Bundestagswahlen sowie der historisch neuen Konstellation im Bundestag selbst lässt sich mit Sicherheit sagen, dass dieses Studiensemester für Politikwissenschaftler ein Besonderes ist. Haben Sie das bei den Bewerbungsverfahren bemerken können?

Unsere Studiengänge, sowohl Bachelor als auch Master, sind stets weit stärker nachgefragt, als wir Plätze anbieten können. Trotz der diesjährigen Bundestagswahlen habe ich allerdings

keine Veränderung des Wahlverhaltens für unsere Fächer feststellen können.

Wie verknüpft die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn bzw. das Institut diese aktuellen Ereignisse mit den Übungen, Seminaren und Vorlesungen?

Da kann ich eigentlich nur über meinen eigenen Kurs sprechen. Ich versuche immer wieder, aktuelle Bezüge und politische Ereignisse mit in den Kursinhalt zu integrieren. Soweit ich das von meinen Kollegen gehört habe, versuchen diese ebenfalls, keine sterile Wissenschaft hier in Bonn zu betreiben.

Sind Sie zufrieden mit der Art, wie die Fakultät Bewerbungsverfahren abwickelt, oder sehen Sie noch Verbesserungspotential?

Im Bereich der Bachelorstudiengänge wickelt das Bewerbungsverfahren das Studentensekretariat ab, im Bereich der Masterstudiengänge das Dekanat. Ich bin mit beiden Stellen sehr zufrieden; auch dieses Jahr haben wir trotz einer erhöhten Bewerberzahl im Rahmen des doppelten Abiturjahrganges frühzeitig unsere Bescheide verschicken können. Hier haben Universitätsverwaltung, Dekanat und Institut eng und gut zusammengearbeitet.

Sahen Sie sich durch den doppelten Jahrgang dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen mit besonderen Problemen bei den Bewerbungsmodalitäten konfrontiert?

Aus der eigenen Beratungstätigkeit und aus den Rückmeldungen des Mentorates, das sich ja hauptsächlich um Studieninteressierte kümmert, kann ich sagen, dass es im Sommer zwar sehr viele Anfragen von Studierenden gegeben hat, der von den Medien befürchtete »Ansturm« ist jedoch ausgeblieben. Was wir zudem immer anbieten und woraus sich auch ein Teil unserer Studierendenschaft rekrutiert, ist das FFF- und das Schnupperstudium. Der Beauftragte des Instituts ist hier Hr. Oster, der sich sowohl um das Schnupperstudium als auch das FFF-Programm kümmert, also um Angebote, bei denen Schüler schon während der Schulzeit in ein Studium hineinschauen und auch bereits die ersten Scheine absolvieren können. Außerdem ist Herr Dr. Becker vom Mentoratsbüro gerade dabei, in Kooperation mit einer Schule die Integration von besonders begabten Gymnasiasten im Sommersemester in ausgewählten Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Insofern ist der Übergang Schule – Hochschule für viele ein fließender Übergang, gerade da Zivil- und Wehrdienst weggefallen sind.

Wie gehen Sie bzw. die Universität Bonn mit sehr jungen oder nicht volljährigen Studenten um? Sehen Sie hier besondere Schwierigkeiten und wie stehen Sie dazu, dass einige Studenten nun bereits mit 16 bzw. 17 sich für einen Studiengang entscheiden (müssen)?

Das gehört zu unseren Herausforderungen, den Übergang Schule – Hochschule geordnet und bestmöglich für die Studierenden zu gestalten. Da wir es natürlich auch künftig mit sehr jungen Studierenden zu tun ha-

ben, stellen sich gewisse Fragen, was Kurswahlen oder Prüfungsanmeldungen angeht. Genauer könnten Ihnen dazu die verantwortlichen Stellen in der Fakultät bzw. auch das Justizariat Auskunft geben, wie man das rechtlich behandelt. Uns im Institut wurde dementsprechend mitgeteilt, dass jemand, der sich an unserer Universität eingeschrieben hat, als – wenn ich das mal als juristischer Laie hier für meine Beratungspraxis so ausdrücken darf – voll geschäftsfähiger Studierender gilt.

In einer BMPG-Übung sprachen Sie das Thema Gleichstellung einmal direkt vor Studierenden an, als Sie feststellten, dass sich überwiegend männliche Studenten zu Wort melden würden. Haben Sie eine Vermutung, warum weibliche Studenten sich seltener an der Übung aktiv beteiligen?

Ich bin kein Genderexperte, sondern kann immer nur aus meiner Perspektive als Unterrichtender hier im Hause sprechen und somit sagen, dass mir die Beteiligung auch der weiblichen Studierenden wichtig ist. Kurzum: Ich finde es wichtig, weibliche und männliche Studierende gleichermaßen zur Beteiligung am sozialwissenschaftlichen Diskurs zu ermuntern.

Wie ist in unserem Studienjahr die Geschlechterverteilung und gibt es Gründe dafür?

Ich habe mir die aktuellen Zahlen besorgt und kann Ihnen sagen, dass wir in diesem Studienjahr im Bachelorbereich eine knappe Mehrheit an weiblichen Studierenden und auch im Erstsemesterbereich die 50% weit überschritten haben. Im soziologischen Master sind gut 2/3 weiblich, während der Master Politikwissenschaft der einzige Studiengang ist, in dem ein männlicher Überschuss zu finden ist. Auf Lehramt studieren in unserem Fachbereich um die

70% Frauen, was in Lehramtsfächern generell häufig der Fall ist. Wir bieten eben keine technischen Fächer an, wo sich sicher umgekehrte Zahlen finden ließen. Ob es Gründe dafür gibt? Nun, es wird hier nicht nach Geschlecht zugelassen, sondern nach Abiturnote bzw. Abschlussnote und weiteren Kriterien. Um konkrete Gründe zu nennen, müsste ich die Zahlen anderer Universitäten vergleichen.

Glauben Sie angesichts der aktuellen Geschlechterverteilung an deutschen Universitäten, dass das Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung in absehbarer Zukunft als gegebene Selbstverständlichkeit angesehen wird?

Gerade im Bezug auf das Bewerbungsverfahren möchte ich betonen, dass der Übergang Schule – Hochschule im Blick liegt und wir generell mit dem Thema befasst sind, d.h. praktisch über die Gleichstellung der Geschlechter hinausgehend unsere heterogener werdende Studierendenschaft bedienen müssen. Man muss also auch Studierende mit Migrationshintergrund im Blick haben, Studierende mit psychosozialen Problemen, Studierende mit körperlichen Einschränkungen, Studierende mit Kind, besondere Wünsche, was Vereinbarkeiten von Beruf und/oder Familie, Teilzeitstudiengänge, Studienwiedereinsteiger usw., betrifft. Das sind alles Dinge, die zunächst die große (Hochschul-)Politik zu regeln hat, und wir am Institut kümmern uns erfolgreich mit Tutoraten und dem Mentorat um diese heterogener werdende Studierendenschaft. Insofern würde ich sagen, dass die Gleichstellung als solche sicher ein Thema bleiben wird, darüber hinaus es eben auch noch weitere Gerechtigkeitslücken gibt. Diese müssen wir ebenfalls beachten, um als moderne Universität im 21. Jahrhundert zu bestehen. ●

Wo Mann lehrt

Am IPWS gibt es zu wenig Wissenschaftlerinnen

Im Vergleich mit all den angebotenen Fächern der Philosophischen Fakultät belegt das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie den allerletzten Platz in der Statistik »Frauenanteil im Qualifikationsverlauf«.

Hier am Institut ist keine einzige Universitätsprofessorin¹ angestellt, dabei sind laut aktuellem Gleichstellungsplan 45% der Studierenden weiblich.

Auf der Suche nach Erklärungen für diese enorme Unterrepräsentation von Frauen in höheren Positionen am IPWS schrieben Fachschaftsvertreter E-Mails an alle sieben Universitätsprofessoren sowie Geschäftsführer Prof. Dr. Kronenberg und die Lehrstuhlvertretung von Prof. Dr. Gephart, Prof. Dr. Tänzler. Wir wollten wissen, ob die Professoren sich der Zahlen von Männer- und Frauenanteilen am Institut bewusst sind, ob sie konkret versuchen die Ziele des Gleichstellungsplans an ihrem Lehrstuhl umzusetzen und was für Maßnahmen auf Fakultäts- und Universitätsebene zur Gleichstellung ihrer Meinung nach wünschenswert wären.

Von den Professoren Decker, Gephart, Gu³, Kühnhardt, Mayer und Kronenberg erhielt die Fach-

schaft keine Antworten; Prof. Dr. Blasius verwies auf den Gleichstellungsplan. Prof. Dr. Tänzler hat zwar festgestellt, dass es »sicherlich verschiedene Gründe« für diese Misere gebe, aber leider keinen genannt und »Männerbünde« als Grund quasi ausgeschlossen.

Geschlechterverhältnis am IPWS

Datenbasis: Gleichstellungsplan (s. S. 11) · Angaben in %

Professoren	♂ 100	
Wiss. Mitarbeiter/innen	♂ 82	♀ 18
Wiss. Hilfskräfte	♂ 75	♀ 25
Stud. Hilfskräfte	♂ 58	♀ 42
Habilitationen ²		
Promotionen	♂ 79	♀ 21
Abschlüsse	♂ 45	♀ 55

Einzig und allein Prof. Dr. Hilz antwortete ausführlich: Er finde »das Geschlechterungleichgewicht am Institut auf der Ebene der »Hauptamtlichen« sehr bedenklich« und er fürchte, dass ohne Maßnahmen zur Gleichstellung von höherer Ebene aus »der Effekt [des Fachschaftsengagements] sehr begrenzt sein wird«.

Um also weitere Erklärungen zu bekommen, entschieden wir uns im Gegenzug, die einzige Frau »in höherer Position« am Institut, Prof. Dr. Lucke¹, zu Wort

kommen zu lassen. Das Interview mit ihr findet Ihr auf den nächsten Seiten.

Die Zahlen, die der Gleichstellungsplan liefert, lassen das Institut äußerst rückständig wirken. Wir fordern die Verantwortlichen des Instituts auf, die Ziele des Gleichstellungsplans umzusetzen – so schnell wie möglich und im Interesse der Lehre und der Qualität des Faches.

Als Eure Fachschaftsvertretung wollen wir den uns größtmöglichen Beitrag zur Verbesserung der Zustände leisten:

Wir werden uns zukünftig aktiv für eine höhere Repräsentation von Wissenschaftlerinnen am IPWS, also die Einhaltung und Umsetzung des

Gleichstellungsplans, einsetzen. Unsere neue Gleichstellungsbeauftragte Caterina Marcucci hat für Euch eine E-Mail-Adresse für jegliche Fragen, Vorschläge und Kritik zum Thema Gleichstellung eingerichtet (fs-sozpolgleichstellung@uni-bonn.de). Zusätzlich planen wir Inforeveranstaltungen im Rahmen des Ringseminars. Wir hoffen, dass Ihr Euch an unseren Plänen beteiligt und dem Thema so die verdiente Unterstützung zukommen lasst – wenn nicht in Eurem direkten Umfeld, wo dann? ♦

¹Frau Prof. Dr. Lucke ist eine Außerplanmäßige Professorin, sie taucht also wie alle anderen Außerplanmäßigen Professoren der Uni Bonn nicht in der offiziellen Statistik auf.

²keine Datenbasis

³Prof. Gus Antwort erreichte uns erst nach Redaktionsschluss und ist hier daher nicht aufgeführt

Gleichstellungsplan des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie 2013 – 2016

Studium, Abschlüsse und Promotionen

Das Institut besteht aus den Fachbereichen Politische Wissenschaft und Soziologie und bietet einen Bachelor-Studiengang »Politik und Gesellschaft« sowie zwei Master-Studiengänge »Deutsche, Europäische und Globale Politik« und »Gesellschaften, Globalisierung und Entwicklung« an. Mit 45% und 55% sind die Frauen- und Männeranteile sowohl bei den Studierenden als auch bei den Abschlüssen nahezu ausgeglichen.

Bei den abgeschlossenen Promotionen liegt der Frauenanteil am Institut, gemittelt über die Jahre 2010-2012 bei 35%. Auf dieser Qualifikationsstufe werden Unterschiede zwischen den einzelnen Fachbereichen deutlich. In der Soziologie gibt es einen annähernd gleichbleibenden Anteil an Promotionen von Frauen (2010-2012 insges. 7 Promotionen, davon 6 Frauen). Im Fachbereich Politische Wissenschaft wurden insgesamt 24 Promotionen abgeschlossen, darunter 5 von Frauen, was einem Promovendinnenanteil von nur 21% entspricht.

Professuren und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand 03/13)

PLANSTELLEN

Das Institut hat insgesamt zwei C4/W3-Professuren und vier C3/W2-Professuren, von denen keine mit einer Wissenschaftlerin besetzt ist.

Eine weitere W3-Stelle ist zur Ausschreibung vorgesehen. Die Stellen der wissenschaftlichen Beamten (A15/A14) sind geschlechterparitätisch besetzt.

Am Institut gibt es derzeit drei volle und 18 halbe E13-Stellen. Von den Vollzeitstellen ist eine und von den Teilzeitstellen sind drei mit Frauen besetzt.

Hinzu kommt noch eine E14-Stelle, die mit einem Mann besetzt ist. Der Frauenanteil bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beträgt 18%.

DRITTMITTELSTELLEN

Bei den aus Drittmitteln finanzierten Professuren, jeweils eine W3- und eine W2-Professur, ist keine mit einer Wissenschaftlerin besetzt. Von vier E13-Vollzeitstellen, vier E13-Teilzeitstellen und vier A14-Stellen ist jeweils eine mit einer Wissenschaftlerin besetzt, was ei-

nem Frauenanteil von 25% bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen im Drittmittelbereich entspricht.

Differenziert nach Fachbereichen lässt sich ein deutlicher Unterschied bei wissenschaftlichen Mitarbeiter-Stellen (E13) erkennen. In der Soziologie liegt der Frauenanteil bei 44% während im Fachbereich Politische Wissenschaft 11% der Stellen mit Frauen besetzt sind. Der Frauenanteil bei den wissenschaftlichen Hilfskräften am Institut liegt durchschnittlich bei 25%.

Zielvorgaben und Maßnahmen

Orientiert am Kaskadenmodell ist das Institut bestrebt mehr Absolventinnen zur Promotion zu ermutigen und den Promovendinnenanteil von derzeit durchschnittlich 35% auf 45% zu erhöhen.

Der Fachbereich Politische Wissenschaft wird verstärkt Frauen zur Promotion auffordern und auf das Mentoring-Programm »MeTra« des Gleichstellungsbüros der Universität hinweisen.

Im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter-Stellen werden bei künftigen Nach- bzw. Neubesetzungen Frauen gezielt angesprochen. Das Ziel des Instituts ist es den Frauenanteil auf insgesamt 35% zu erhöhen. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf Stellenbesetzungen im Fachbereich Politische Wissenschaft und insgesamt auf Vollzeitstellen im Planmittelbereich gelegt werden.

Bei der zur Ausschreibung vorgesehenen W3-Professur wird das Institut nach geeigneten Kandidatinnen suchen (Netzwerke, Datenbanken) und zur Bewerbung auffordern. Es wird angestrebt diese Professur mit einer Wissenschaftlerin zu besetzen.

Das Institut bemüht sich bei der Festlegung von Arbeitszeiten und bei der Planung von dienstlichen Abläufen, wie beispielsweise Sitzungstermine, die familiären Verpflichtungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Auch bei der Vergabe von Lehrveranstaltungen soll auf die individuellen Bedürfnisse der Beschäftigten Rücksicht genommen werden, so dass Familie und Beruf, für Frauen und Männer, bestmöglich miteinander zu vereinbaren sind.

Promotion und dann unter die Haube?

Im Gespräch mit Prof. Dr. Doris Lucke über die Hürden für Frauen in der Wissenschaft

von Caterina Marcucci, Hannah Sausen und Lisa Kugele

Politicum: Frau Prof. Dr. Lucke, Sie sind mit den Zahlen vertraut, was glauben Sie sind die Gründe für diese ungleiche Verteilung von Männern und Frauen in höheren Positionen am IPWS?

Prof. Dr. Lucke: Das ist nur schwer zu erklären. Eigentlich sind die Fächer ja geschlechtsneutral, vor allem Soziologie, das spiegelt sich auch in etwa in der Studierendenverteilung wider. Inhaltlich war die Politikwissenschaft, ähnlich wie lange Zeit auch Jura, eher eine Männerdomäne, aber heutzutage wirkt so etwas meist nicht mehr allzu abschreckend auf junge Frauen.

Denken Sie, dass es in Bezug auf die Lehre einen Unterschied macht, ob ein Mann oder eine Frau doziert? Verändert sich beispielsweise der Fokus auf gewisse Theorien?

Ja, ich denke, dass es da gewisse Unterschiede gibt. In der Soziologie versuche ich, z.B. im kommenden Sommersemester, auch zeitgenössische soziologische Theorien wie Konstruktivismus

und Feministische Theorien anzubieten, um neue Blickwinkel zu eröffnen, aber diese müssen noch um Anerkennung in klas-

Kann eine Frau Ihrer Meinung nach in der Lehre neue Perspektiven eröffnen, da sie in einem Kreis von männlichen Kollegen neue Ansichten vertritt? Hier könnte doch in den Veranstaltungen eine neue Betrachtungsweise der Themen geschaffen werden.

Vor allem in frauenorientierten Forschungsbereichen werden derzeit neue unkonventionelle Ansichten hervorgebracht, die auch in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erhalten, weil sie eben neue Perspektiven auf alte Themen erlauben. Vielleicht ist eine Bündnisschließung der Männer doch gewollt, weil gewisse Kreise nicht gestört werden sollen. Es stellt schließlich eine Bedrohung dar, wenn jemand plötzlich etwas anders machen möchte. Man sollte aber nicht alles nur durch die Geschlechter-

terbrille sehen, diese neuen Perspektiven können auch durch andere Impulse gegeben werden.

Wie hat sich unser Institut in Bezug auf Gleichberechtigung



Ihrer Meinung nach entwickelt? Gab es bereits konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung?

Die Zahlen sprechen in diesem Fall für sich. Es hat sich nicht viel getan. Auch mangels Masse sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Ich bin seit 25 Jahren hier am Institut und in dieser Zeit habe ich mich persönlich um eine weibliche Besetzung von SHK-Stellen bemüht. Wenn Frauen gefördert werden, dann meist von Frauen. Ich selbst bin eine Ausnahme, weil es, als ich Studentin war, keine Frauen in der Lehre gab. Aber ich wurde auch nur bis zur Promotion gefördert, dann wurde mir vermittelt, dass ich bitte heiraten soll (lacht).

2003 war ich wissenschaftliche Leiterin im soziologischen Projektteil bei dem Forschungs- und Ausstellungsprojekt »Vorbilder« der Uni Bonn. Wenn man durch unsere Universität geht, wo ja jetzt mehr Frauen als Männer studieren, fällt auf, dass es kein Bild oder Ähnliches einer berühmten Frau gibt. Woher sollen Frauen sich also Vorbilder gleichen Geschlechts nehmen? Das Institut war zwar durch mich an solchen Projekten beteiligt, aber intern wurde das kaum wahrgenommen.

In meiner Funktion als Vertrauensdozentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung versuche ich auch, jungen Frauen eine akademische Karriere zu ermöglichen. Dieses Beispiel zeigt aber, dass es sich meist um Impulse von außen handelt, am Institut selbst konnte ich leider keine konkreten Maßnahmen feststellen.

Ein viel diskutiertes Instrument zur Verbesserung der Gleich-

stellung ist die Frauenquote. Was ist ihre Einschätzung zu diesem Thema, besonders bezogen auf die Wissenschaft?

Als eine der Mitinitiatorinnen von Frauenforschung in der Soziologie überhaupt war ich lange Zeit überzeugt von der Frauenquote. Doch die sogenannte »Flexiquote« der ehemaligen Familienministerin, in der die Unternehmen für sich selbst eine Quote bestimmen, ist gescheitert.

Jetzt sehe ich das eh ein wenig differenzierter, jede Quote bedeutet Diskriminierung: In der Wissenschaft sah man es früher als großen Erfolg an, dass in Statistiken begonnen wurde, zwischen männlichen und weiblichen Aussagen zu unterscheiden. Doch letztlich führt diese Unterscheidung nicht zu dem Zustand, den wir erreichen wollen, nämlich dass das Geschlecht keine Rolle spielt.

Das gleiche Problem liegt bei Quotierung. Daher sehe ich sie eher als Brückenmaßnahme und Anschub, um nach einiger Zeit gleiche Repräsentation zu etablieren, sodass wir keine Quote mehr brauchen werden. Ich denke allerdings, dass die oft genannte Zahl von 30% zu wenig ist. Warum sollten wir keine 50/50-Quote anstreben? Das würde beispielsweise auch für Fächer wie die Kunsthistorik bedeuten, dass sich hier mehr Männer etablieren. Es ist wichtig, dass Frauen eine selbstverständliche Sichtbarkeit zeigen. Sie sollten kein großes Theater um ihre Position machen, sondern sie einfach als selbstverständlich ansehen. So können sie anderen jungen Frauen ein Vorbild sein,

die sich denken: »Wenn die das schafft, dann kann ich das auch.« **Welche Gründe hat es Ihrer Ansicht nach, dass Frauen in höheren beruflichen Positionen meistens deutlich unterrepräsentiert sind?**

Es ist wirklich paradox. In der Berufswelt scheint es eine Pyramide mit eingebautem Bermudadreieck für Frauen zu geben. Dabei haben Frauen Männer in formaler Qualifikation mittlerweile überholt, nur hat sich das bislang nicht auf das Beschäftigungssystem niedergeschlagen.

Ich denke, dass es noch zu viele unbekannte Felder für Frauen gibt. Wenn niemand zuvor eine gewisse Position besetzt hat, dann traut man sich möglicherweise nicht oder fragt sich, ob man wirklich dazu geeignet ist, die Erste auf diesem Feld zu sein. Auch das Umfeld spielt eine wichtige Rolle: »Self-fulfilling prophecies« entstehen, wenn Frauen nicht viel zugemutet wird. Es gibt wohl immer noch Strukturen, die eine Karriere eher Männern zuschreiben, auch wenn sich »männliche« Berufswege allmählich öffnen.

Ein abschließender Blick in die Zukunft: Was hätten Sie für Vorschläge für das Institut in Bezug auf eine gleiche Repräsentation von Männern und Frauen?

Ein Input von außen wäre das Mentoring, also eine Betreuung und Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. So versuche ich auch meinen weiblichen Promovierenden die nötige Hilfe zu bieten. Ich möchte aber den anderen Mitarbeitern keine Vorschriften in diesem Thema machen. ♦



Besuche unsere neue Website!

fachschaft-politik.com

kurzGEFRAGT

Miriam Schütte

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am IPWS –
zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

von **Orsina Kather**

Wie lange waren Sie nach der Geburt Ihres Kindes in Mutterschaftsurlaub und wie schnell konnten Sie wieder in Ihren Beruf einsteigen?

Nach der Geburt meines Kindes war ich im gesetzlichen Mutterschutz und habe danach im Rahmen der Elternzeit wieder meine halbe Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin eingenommen.

Haben Sie an Ihrem Lehrstuhl die notwendige Unterstützung erfahren, um Kind und Beruf vereinbaren zu können?

Vor allem für die Zeit als mein Mann noch nicht in Elternzeit war, habe ich von Prof. Blasius die Möglichkeit bekommen, meinen Sohn mit ins Büro zu nehmen und auch von Zuhause aus zu arbeiten. Sprechstunden mit Studenten habe ich auf den späten Nachmittag und abends gelegt, wenn mein Mann auf meinen Sohn aufpassen konnte. Wenn es um Prüfungsaufsichten und Beisitze ging, sind meine Kollegen eine große Unterstützung, indem sie mir Termine überlassen, die mit der Betreuung vereinbar sind. Grundsätzlich ist es für mich die größte Unterstützung mitzuerleben, wie meine Schwangerschaft und auch die Geburt meines Sohnes vom gesamten Lehrstuhl als etwas durchweg Positives angesehen wurde.

Wie schätzen Sie allgemein im universitären Rahmen die Möglichkeit für Frauen ein, Beruf



und Familie vereinbaren zu können?

Wenn man Unterstützung von seinem Vorgesetzten bekommt und die Stelle die notwendige Flexibilität mit sich bringt, kann man an der Universität Familie und Beruf gut miteinander in Einklang bringen. Ein großer Nachteil sind allerdings die befristeten Verträge, die einen hohen Unsicherheitsfaktor mit sich bringen.

Inwieweit würden Sie sich von der Universität (oder auch direkt vom Institut) noch mehr Unterstützung erhoffen, beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung oder Ähnlichem?

Von meiner Abteilung bekomme ich bereits jegliche Unterstützung, die ich mir wünschen

kann. Von Seiten der Universität sollte der Bereich der Kinderbetreuung vor allem für die unter Dreijährigen weiter ausgebaut werden, der momentan noch zu wenig freie Plätze bietet. Bei der Betreuungsfrage habe ich aber insbesondere vom Familienbüro der Universität Bonn sehr viel Unterstützung erfahren und sehe einige positive Entwicklungen in diesem Bereich. Des Weiteren würde ich ein Stipendienprogramm für Doktoranden mit Kind begrüßen, beispielsweise in Form eines Kinderbetreuungszuschusses, um der finanziellen Mehrbelastung durch die Betreuung und der zeitlichen Verzögerung der Fertigstellung der Dissertation während der Promotionsphase entgegenzuwirken. ♦

»Ich wünsche mir verbindliche Zielquoten«

Im Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten Ursula Mättig

von Lisa Kugele und Dagny Schwarz

Politicum: Was ist ihr Job?

Frau Mättig: Mein Job ist es, daran mitzuwirken, dass die Strukturen an der Universität sich so verändern, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Das heißt, ich bin an allen sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen beteiligt, sowohl im wissenschaftlichen Bereich als auch im Bereich Technik und Verwaltung. Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten sind im Landesgleichstellungsgesetz und im Hochschulgesetz festgeschrieben.

Für wen und für was sind sie alles zuständig?

Frau Mättig: Laut Gesetz bin ich für alle Frauen, die Mitglieder und Angehörige der Universität sind, zuständig, die sich mit einem frauen- bzw. gleichstellungsrelevanten Problem an mich wenden. Es ist natürlich nicht immer einfach zu definieren, was ein frauenrelevantes Problem ist.

Bei Studentinnen gehören beispielsweise die Frage der Mutterschaft und Erbringung von Prüfungsleistungen sowie Beurlaubungen dazu. Natürlich auch die Frage der Förderung, wenn sich Studentinnen sehr früh entscheiden, dass sie eine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen wollen. Außerdem können Studentinnen selbstverständlich auch mit allen anderen Problemen kommen, wie

beispielsweise in Fällen von Belästigung oder Diskriminierung. Ich muss jedoch dazu sagen, dass ich von der Gruppe der Studierenden verhältnismäßig wenig aufgesucht werde. Das liegt zum einen daran, dass dieser Gruppe heutzutage weniger frauen- bzw. gleichstellungsrelevante Problematiken in der Hochschule begegnen, was zum anderen auch dazu führt, dass Studierende meist nicht mal wissen, dass es dieses Amt gibt. Oder sich fragen, was das in der heutigen Zeit überhaupt noch soll. Was ja auch gut so ist. Das war vor 20 Jahren noch ein bisschen anders.

Welches Angebot haben sie konkret für Studentinnen?

Frau Mättig: Also wir haben keine expliziten Förderangebote für Studentinnen. Rhetorik-Kurse und Unterricht im selbstsicheren Auftreten sind heutzutage für Studentinnen nicht mehr nötig, das können die genauso gut wie Studenten. Konkrete Angebote haben wir im Bereich »Mädchen in Naturwissenschaften«: Angebote für Schülerinnen, Assessment-Center, Schnuppertage. Jedoch versuchen wir immer auch Veranstaltungen für Studentinnen zu bestimmten Themen anzubieten, wie den Workshop »Wie reagiere ich auf sexuelle Belästigung?« zu Beginn des Jahres. Wenn Studentinnen mit einer Bitte um ein Angebot kommen, versuche ich natürlich, das

im Rahmen meiner Möglichkeiten umzusetzen. In den Gleichstellungsgremien sind Studentinnen ja auch vertreten und bringen sich dort aktiv ein. Was Lehrinhalte angeht, gibt es oft den Wunsch nach mehr Gender-Themen. Das geben wir selbstverständlich an die Universitätsleitung weiter. Wir würden uns freuen, wenn mehr Studierende da auf uns zukämen.

Wie ist die Position der Universität Bonn im Bereich der Gleichstellung im landesweiten Vergleich in Nordrhein-Westfalen?

Frau Mättig: Die Position der Gleichstellung muss man differenziert betrachten: Was haben wir qualitativ und was haben wir quantitativ. Ich denke, dass wir qualitativ mit unserem Förderprogramm sehr gut dastehen, das weiß ich auch aus Diskussionen mit Kolleginnen von anderen Universitäten. Was die Zahlen angeht, sieht es leider nicht so gut aus. Der Frauenanteil bei den Professorinnen beträgt in NRW 19 Prozent bzw. 20 Prozent, das schwankt immer ein wenig. Die Universität Bonn liegt etwa bei 12 Prozent. Wir hatten in den letzten Jahren angestrebt, den Anteil auf 15 Prozent zu erhöhen. Das ist uns aber leider nicht gelungen.

Frau Hanke: Im aktuellen Gender-Report, der kürzlich erschienen ist, steht, dass die Uni



Bonn sowohl beim Frauenanteil im Hochschulrat als auch bei den Leitungen der Dezernate über dem Landesdurchschnitt der Universitäten liegt. Jedoch setzt sich dieses positive Ergebnis nicht auf den weiteren Leitungsebenen fort, so heißt es im Gender-Report bezüglich der Uni. Leider ist die Datenbasis von 2011. Daher sind die Zahlen nicht mehr ganz aktuell. Man kann aber sagen, dass die Uni Bonn insgesamt im Mittelfeld liegt. Beim Anteil der Frauen an Studierenden und abgeschlossenen Promotionen belegt die Uni Bonn einen der vorderen Ränge im NRW-Vergleich, bei den Professorinnen jedoch den vorletzten Platz, so der Report.

Frau Mättig: Also in der Philosophischen Fakultät sind wir ja relativ gut, da haben wir einen Professorinnenanteil von 27 Prozent. Das heißt jedoch nicht, dass in Fächern wie Geschichte, Soziologie und Politik, wo man eigentlich selbstverständlich davon ausgehen müsste, dass einige Professuren mit Frauen besetzt sind, auch Professorinnen

da sind. Manche Fachbereiche, die in näherer Zukunft Professuren neu zu besetzen haben, wissen daher sehr wohl, dass es an der Zeit ist, eine Frau zu berufen. In der Medizin beispielsweise ist dies jedoch extrem schwierig. Und was für die Universität insgesamt auch sehr ins Gewicht fällt, ist die große Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät mit vielen Professuren, auf die sich im Verhältnis wenige Frauen bewerben. Wobei in der Mathematik inzwischen einige Professorinnen sind. Aber Informatik, Physik und Geodäsie sind Fächer, wo sich wirklich wenige Frauen bewerben, das verringert natürlich auch die Chancen, dass eine Frau berufen wird.

Was sind die größten Probleme, auf die Sie bei der Förderung der wissenschaftlichen Karriere von Frauen an der Universität stoßen?

Frau Mättig: Die Resonanz aus Gesprächen mit Wissenschaftlerinnen zeigt, dass diese Wissenschaft und Forschung häufig als sehr stressig empfinden. Man

hat einen Arbeitstag von 10-12 Stunden, und es ist sehr schwer Struktur in das Leben zu bekommen. Man hat das Gefühl, dass es bei den jungen Männern doch häufig noch so ist, dass sie sich voll auf die Wissenschaft konzentrieren können. Frauen wollen das teilweise gar nicht. Da geht es natürlich immer auch um die Frage der Vereinbarkeit von Familie bzw. dem Kinderwunsch und dem Weg in die Wissenschaft. Es geht aber auch um Arbeits- und Organisationsstrukturen, die sehr hierarchisch sind. Und um ein sehr traditionelles Leben, das ausgerichtet ist an einer Kultur, die einfach den vollen Einsatz verlangt. Einen Einsatz, den man eigentlich nur dann erbringen kann, wenn man für den Reproduktionsbereich jemanden hat, der einem alles oder einen großen Teil davon abnimmt. Und eine Veränderung dieser Kultur hinzubekommen, ist natürlich sehr schwer. Die dazu notwendigen Strukturveränderungen gehen in sehr kleinen Schritten voran. Dazu gehören die Bereitstellung

von Kinderbetreuungseinrichtungen und des Familienbüros, aber auch eine Veränderung der Kultur in den Instituten dahingehend, dass eben nicht mehr erwartet wird, dass man fast rund um die Uhr anwesend ist und Sitzungen nicht bis in den späten Abend hinein dauern.

Welche Gründe sehen sie für die Kleinschrittigkeit?

Frau Mättig: Insgesamt ist das Klima an der Universität nicht so, das Gleichstellung als ernste Angelegenheit, bei der viele mitwirken müssen, verstanden wird. Aber ein beförderndes Klima schafft man nur, wenn man auf vielen Ebenen viele Leute dafür gewinnen kann, sich für dieses Thema stark zu machen.

Wie steht das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie im Vergleich zu anderen Instituten beim Thema Gleichstellung da, und wie bewerten Sie den Gleichstellungsplan?

Frau Mättig: Das Institut steht nicht besonders gut da, wenn man sich die Zahlen anschaut. Darüber hinaus sind die im Gleichstellungsplan genannten Ziele und Maßnahmen nicht besonders konkret.

Frau Hanke: Es gibt nur wenige Fächer, in denen gar keine Frauen auf Professuren sind. An solchen Instituten fällt dann besonders auf, dass in den Gleichstellungsplänen auch keine konkreten Maßnahmen genannt sind, obwohl sie von Nöten wären.

Wie könnte der geringe Frauenanteil bei den Promovierenden am Institut, besonders in der Politikwissenschaft, erklärt werden?

Frau Mättig: Mich hat es schockiert, dass der Frauenanteil an Promovierenden uni-weit bei knapp 50 Prozent liegt, und in der Politik bei knapp über 20 Prozent. Was ist da los? Da ist an unserem Institut nicht nur das allgemeine Problem, sondern

ein besonderes, das offensichtlich schwerer ins Gewicht fällt und diesen unheimlichen Unterschied zum Uni-Schnitt bewirkt.

Frau Hanke: Ich denke, man darf dabei eine gewisse Milieukultur nicht außer Acht lassen. Ich würde das Problem nicht mit einer Fachkultur erklären wollen, denn an politikwissenschaftlichen und soziologischen Instituten in anderen Städten gibt es sicherlich andere Kulturen, die sich auch in höheren Frauenanteilen bemerkbar machen. Das Milieu am Institut setzt sich aus der Geschichte und aus dem Ist-Stand, also aus den Personen, die aktuell da sind, zusammen. Das beeinflusst natürlich die einzelnen Entscheidungen, die getroffen werden, beispielsweise bezüglich der Personalauswahl, ob bewusst oder unbewusst, die dann im Ergebnis zu dem geringen Frauenanteil insgesamt führen. Das lässt sich nur schwerlich belegen und ist auch nicht direkt greifbar. Gerade in solchen Instituten ist es wichtig, dass sich Personen finden, die das Thema »Gleichstellung« immer wieder ins Gespräch bringen.

Frau Mättig: Ich sehe meine Präsenz als Beförderung des Themas »Gleichstellung«. Dadurch, dass ich anwesend bin, auch bei Personalauswahlverfahren, wird der Gedanke der Gleichstellung und Frauenförderung gestärkt. Wir müssen in die Institute gehen und die Leute zu Gesprächen auffordern.

Sie dürfen sich jetzt noch etwas wünschen: Wir haben viel darüber geredet, was nicht funktioniert. Wenn sie aber sagen könnten, was wir bräuchten, um in größeren Schritten voran zu kommen, was würden Sie sagen?

Frau Mättig: Es muss mehr Personen innerhalb der Universität geben, die ernsthaft das Gleichstellungsthema befördern, das ist der wichtigste Wunsch. Es muss einfach gesehen werden,

auch von Männern, dass es ein Gewinn für die Wissenschaft und für die einzelnen Institute ist, wenn mehr Frauen Chancen haben auf gute Positionen zu kommen. Dass es tatsächlich ein Gewinn ist, bekomme ich immer wieder zu hören, wenn sich eine Institutsstruktur durch die Berufung von Wissenschaftlerinnen ändert. Aber so sehen das leider nicht alle.

Wünschen würde ich mir auch, dass in den Schlüsselpositionen mehr Frauen sitzen. Aber auf Grund der geringen Anzahl an Professorinnen ist es sehr schwierig, Frauen in den Dekanaten und Rektoraten, sprich in den Entscheidungsfunktionen zu haben. An Hochschulen, wo diese Besetzung vorhanden ist, wird das Thema noch mehr befördert. Was nicht heißt, dass es hier auf den Leitungsebenen nicht befördert wird, aber es bringt nochmal einen ganz anderen Schub. Außerdem würde ich mir wünschen, dass all den Personen, die mit Gleichstellung befasst sind an der Universität, mehr Achtung entgegen gebracht wird. Es kann nicht sein, dass wir weiter in so langsamen Schritten innerhalb der Institutionen vorankommen. Deshalb würde ich mir schlussendlich wünschen, dass wir verbindliche Zielquoten erarbeiten können, und nicht nur Gleichstellungspläne, die keine Verbindlichkeit haben. Bei verbindlichen Zielquoten muss es auch Sanktionen geben. Das würde ich mir wünschen!

Wir danken Frau Mättig und Frau Hanke für das informative Gespräch!

Kontakt zur Gleichstellungsbeauftragten:

Ursula Mättig

Tel: 0228 - 73 7490

Fax: 0228 - 73 9487

maettig@uni-bonn.de

Termine nach Vereinbarung

Konviktr. 4 (Lennéhaus),

53113 Bonn

Wahltag ist Zahltag – auch für die Regierungslehre

von **Stefan Müller**

Prognosen gestalten sich logischerweise deutlich komplizierter als retrospektive Betrachtungen. Einen Sammelband über die bundesdeutsche Koalitionsdemokratie wenige Wochen vor der Bundestagswahl zu publizieren, erscheint deshalb mutig – schließlich können sich viele Vorhersagen urplötzlich als völlig falsch erweisen. Insgesamt 31 Autorinnen und Autoren untersuchen in dem von Frank Decker und Eckhard Jesse, Professor an der TU Chemnitz, herausgegebenen Band »Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013« einerseits den gegenwärtigen Stand der Koalitions- und Regierungsforschung und gehen andererseits das Wagnis ein, im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 mögliche Koalitionsoptionen zu bewerten.

Neben grundlegenden Beiträgen, unter anderem zu Koalitionssignalen, dem Projektcharakter von Regierungsformaten und Interdependenzen bei Regierungsbildungen im föderalen Mehrebenensystem, beinhaltet der »theoretische Teil« auch empirische Analysen. So liefert Roland Sturm ein nachvollziehbares Analyseraster, mit dem er das vorzeitige Scheitern von Landesregierungen erklärt.

Im zweiten Teil stellen die Autoren übergreifende Analysen zum deutschen Regierungssystem vor. Laut Stephan Klecha bieten Minderheitsregierungen die Option, »den politischen Alltag zu bereichern« (298). Deshalb fordert Klecha, dass sich die Parteien und die Politikwissenschaft intensiver mit diesem Koalitionsformat auseinandersetzen müssten. Die weitgehendsten

– und in dieser Form wohl realistisch nicht umsetzbaren – Reformvorschläge macht zweifellos Volker Best. In der »anbrechenden Post-Wunschkoalitionen-Ära« (300) schlägt er eine umfassende Wahlrechtsreform sowie die Direktwahl der Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesminister vor. Die direkte Wahl der Regierungsmitglieder »würde den Parteienwettbewerb der Beuteorientierung berauben und ihn auf das den tatsächlichen programmatischen Unterschieden entsprechende Maß stützen« (314 f.), so Best.

Die Artikel zu den möglichen Koalitionsoptionen scheinen auf den ersten Blick eine geringe Halbwertszeit zu besitzen; allerdings gehen die Prognosen über die Bundestagswahl 2013 hinaus und blicken auch auf die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen. Volker Kronenberg plädiert – wie schon in früheren Publikationen – nachdrücklich für eine schwarz-grüne Koalition, die laut Kronenberg »heute, von den Kommunen über die Länder zum Bund, keine Frage mehr des Ob, sondern des Wann« (417) ist. Falls die bewährten Koalitionsformate rechnerisch nicht realisierbar seien, hielt Mitherausgeber Eckhard Jesse vor der Wahl ein schwarz-grünes Bündnis für wahrscheinlicher als ein schwarz-rotes. Frank Decker widerspricht dieser Argumentation: Weil »die Union die SPD als bequemeren Partner im Vergleich mit den Grünen empfindet und diese prinzipiell nicht bereit sind, eine Koalition mit der Union einzugehen« (24), prognostizierte er eine Große Koalition, was sich bekanntlich als

richtig erwiesen hat. Wie die politische Praxis scheinbar sicher geltende politikwissenschaftliche Prämissen innerhalb weniger Monate widerlegen kann, zeigt Niko Switek's Beitrag über die Rolle der Parteimitglieder bei Koalitionsbildungen. Switek resümierte, »dass die Parteibasis im Kontext der Parteigremien vor und nach der Wahl sowie vor und nach der Koalitionsbildung nur eine untergeordnete Rolle spielt« (137). Die Aussage stimmte zwar für die Vergangenheit. Seit den Verhandlungen über die Große Koalition, die maßgeblich durch den anstehenden SPD-Mitgliederentscheid geprägt waren, gilt diese These allerdings nicht mehr. Im letzten Teil wird ein europäischer Vergleich vorgenommen, in dem unter anderem die Koalitionsregierungen in Skandinavien, Frankreich, Großbritannien, Italien sowie Mittel- und Osteuropa unter die Lupe genommen werden.

Wer im Buch stöbern oder bestimmte Inhalte für eigene Arbeiten verwenden möchte, findet unter der Signatur Ca 1143 in der Institutsbibliothek zwei Exemplare. Im Sekretariat von Professor Decker kann der Sammelband zudem für 25 Euro, ein Viertel des Anschaffungspreises, erworben werden. Welche der zahlreichen Prognosen tatsächlich eintreten, wird die nahe Zukunft zeigen. Dann könnte und sollte der Band einer weiteren Untersuchung unterzogen werden. ◆

Frank Decker, Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Parteiensystem und Regierungsbildung im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2013, 669 Seiten.

Einmal Europa und zurück

EU Career Ambassador *Helge Dresen* über seinen Kurztrip nach Brüssel

Wenn man bei Google eingibt: »Wie komme ich nach Europa?«, dann antwortet die Suchmaschine: »Mit dem Euro-Spezial der Bahn – ab 39 Euro!« Na super, das klingt doch schon mal ganz gut. Aber ist es wirklich so schlimm um Europa bestellt, dass mir da wirklich nur die Deutsche Bahn

sel – dort findet nämlich an diesem Wochenende die »EU Career Ambassador«-Konferenz statt – ausgerichtet vom Europäischen Amt für Personalauswahl, englisch: European Personnel Selection Office (EPSO).

Studenten aus ganz Europa kommen so in seiner »Hauptstadt«

ten aus unterschiedlichsten Ländern, mit unterschiedlichstem kulturellen Hintergrund aufeinandertreffen, zusammen lernen und Brüssel erleben. Das hätte ich niemals gedacht – gerade ich deutsche Kartoffel.

Ich gebe zu, ich habe mich in Brüssel zusammen mit all den an-



weiterhelfen kann? Ich kann schon mal beruhigen: Ganz so schlimm ist es dann doch nicht!

Europa ist aber definitiv schon mal unpünktlich, genauer gesagt 5 Minuten zu spät am Hauptbahnhof Köln. Europa fühlt sich außerdem vor allem eng, stickig und laut an – eine Kölner Schulklasse ist glücklicherweise auch auf dem Weg nach Brüssel! Habe mal wieder den idealen Platz am Gang zwischen zwei sich kabbelnden Schüler erwischt. Taufe sie liebevoll Kevin und Chantal.

Was Europa definitiv ist, das ist mehrsprachig. Die ganze Zugfahrt über nach Brüssel klingen alle Ansagen in drei verschiedenen Sprachen – an sich nicht verwunderlich, weil es nach Belgien geht, aber passt als Einstimmung trotzdem. Warum genau ich nach Brüssel fahre? Ich habe mich als »EU Career Ambassador« beworben. Was das genau heißt? Dafür bin ich ja auf dem Weg nach Brüs-

sel – dort findet nämlich an diesem Wochenende die »EU Career Ambassador«-Konferenz statt – ausgerichtet vom Europäischen Amt für Personalauswahl, englisch: European Personnel Selection Office (EPSO).

Studenten aus ganz Europa kommen so in seiner »Hauptstadt« zusammen, arbeiten gemeinsam, lernen sich und Brüssel kennen. Klang für mich nach einer tollen europäischen Idee, ist es ehrlich gesagt auch. Denn die Konferenz in Brüssel war in zweierlei Hinsicht lehrreich.

Vor allem als Vorbereitung auf die Arbeit im Zuge des Projekts. Als EU Career Ambassador möchte und soll ich als Ansprechpartner an meiner »Heim«-Uni fungieren, und zwar für alle diejenigen, die sich für Karrieremöglichkeiten in den Europäischen Institutionen interessieren. Dafür haben wir nötiges Know-how mit an die Hand bekommen, um so die neue Tätigkeit an der Uni auszuüben.

deren Studenten schon recht »europäisch« gefühlt. Im Nachhinein muss ich sagen, dass der Weg, einfach mal geradeaus nach Brüssel zu gehen und sich ein bisschen aktiv auf die Suche nach genau solch einer europäischen Atmosphäre zu begeben, irgendwie der spannendere Weg zu sein scheint, anstatt Fachbücher und Artikel zu lesen über das Phänomen einer Europäischen Identität. All diesen Kommentatoren und Verfassern könnte ich jetzt zurufen: »Ja, Leute, fahrt doch einfach mal nach Brüssel!« – was diese Menschen natürlich auch schon gemacht haben. Aber dennoch habe ich für mich ganz persönlich in Brüssel gemerkt: Ja, Europa gibt es und es ist nicht nur ein Messe, sondern sogar eine Reise wert – aber wenn es geht, bitte nicht mit der Deutschen Bahn!

Denn keine Angst: Nicht nur die Deutsche Bahn fährt nach Europa, das kannst Du ganz allein. ♦

Was machst du so, Erasmus?

von **Christian Klatt**

Egal ob via ERASMUS, einem Direktaustausch an Partneruniversitäten oder als Freemover auf eigene Faust: Die Möglichkeiten im Ausland zu studieren sind in der heutigen Zeit wahrlich vielfältig und fast unbegrenzt.

Vor allem für Politik- und SozialwissenschaftlerInnen bieten sich dabei eine Fülle an Möglichkeiten. Nicht nur, dass man die sprachlichen Fähigkeiten auf eine Weise ausbauen kann, wie es durch Kurse am Sprachlernzentrum einfach nicht möglich ist. Sondern auch, dass man eine andere Sicht auf die Dinge erhält – was in unserem Studienfeld besonders wichtig ist. Es ist nun einmal etwas anderes, ob man in Bonn in einem Seminar über das französische Parteiensystem sitzt oder sich in das Abenteuer stürzt und »Le système des partis en France« in Paris oder Lyon gelehrt bekommt. Diese first-hand-experience ist im sozialwissenschaftlichen Bereich von unschätzbbarer Bedeutung. Doch

dieser Prozess ist keine bildungstechnische Einbahnstraße. Nicht nur der Austauschstudent/die Austauschstudentin sammelt Erfahrungen fürs Leben, sondern ebenso die einheimischen Kommilitonen.

Am besten können wir dies bei uns am IPWS sehen. Jeder von uns hat das eine oder andere Seminar oder eine Vorlesung, in dem ausländische Studierende (oftmals – aber nicht immer – ERASMUS-Studenten) sitzen. Die Palette an Studierenden aus anderen Ländern ist am Institut groß. Oft bringen sie wertvolle Einsichten und Kommentare ein, an die die deutschen Studenten nicht gedacht haben.

Warum betrachtet man die politischen Entwicklungen in Nordafrika eigentlich immer aus dem eurozentrischen Blickwinkel? Welche Ursachen lassen sich für die Entwicklungen in den ehemaligen Ostblockstaaten außerhalb der westlichen Perspektive noch feststellen? Und ist der So-

zialstaat, so wie in Deutschland umgesetzt, wirklich so eine gute Idee?

Oft werden wir mit Gedanken konfrontiert, die wir aufgrund unserer bisherigen Studien- und Lebenserfahrung gar nicht mehr infrage stellen und wir brauchen erst eine Stimme von außerhalb, die uns dies aufzeigt. So entwickeln sich die mithin spannendsten Diskussionen. Es ist daher oft unseren ausländischen Kommilitonen zu verdanken, dass uns der Blick über den eigenen Horizont heraus gelingt.

Dass das Leben in Bonn dabei für viele natürlich eine Umstellung zu ihrem gewohnten Studienalltag ist, kann jeder nachvollziehen, der bereits selbst mal im Ausland war oder auch nur innerhalb Deutschlands seinen Studienort gewechselt hat. Es sind schließlich die Besonderheiten der Menschen und der Region, die dem Studium außerhalb des Heimatortes den gewissen Reiz verleihen.

Is Erasmus Exchange increasing or reducing stereotypes and prejudices?

von **Alma-Monica Gavritula**

“Where are you from and what are you studying?” – I am from Romania and I am studying a Master’s degree in Political Science. In the past 3 months of my ERASMUS year in Bonn, I realized these are the two most vital questions, from which you can start a really fruitful friendship or, at least, an interesting discus-

sion about stereotypes (sets of values regarding aspects of our lives, people, countries, nationalities, phenomena which are usually neutral from the emotional point of view) and prejudices (an already formed opinion about the above mentioned categories without having it proven by facts and it is rather negative).

We all do have stereotypes and prejudices about countries, nationalities, people and many other subjects which are based on our experience and beliefs. But the question that pops into my mind when I think of this is whether the ERASMUS Exchange is increasing or decreasing stereotypes and prejudices in young people’s

mind? On one side, my first, natural answer is "YES!, it does and should reduce stereotypes and prejudices" because one gets to meet and talk to so many students from different countries and has the possibility to get a closer look into their lives, beliefs, actions, perspectives in order to get a more accurate point of view or change previous opinions. Secondly, when I think of students (both ERASMUS and local students), I think of open-mindedness, broad horizons, cultural awareness and these concepts leave no space for stereotypes and prejudices. Moreover, going to another country and getting culturally adapted and integrated is, for each of us, a step out of the comfort zone towards an enriching experience. It is a wonderful adventure which brings together personal and professional development,

as well as a change in our personal beliefs.

On the other side, is the Erasmus Exchange really changing mind-sets which were "taught" years before, regarding nationalities, people and life? Is it enough for one- or two-semester abroad to make one completely change behavior? I would rather say "NOT necessarily" because firstly, stereotypes and prejudices have been learned, adopted or developed since we were children until today and it is difficult for one to acknowledge and cut the roots. Secondly, I believe we create stereotypes and prejudices related to our own experiences and values, peer- or society- pressure, media news and simply letting them aside would mean losing or even denying our thoughts and revelations until now. And that is, I think, difficult to put in practice. Furthermore, stereo-

types and prejudices can be so rooted into our mind-set that we cannot even recognize them and act accordingly, stereotyping again.

To conclude, I believe that it is difficult to give a certain verdict whether an ERASMUS Exchange is increasing or reducing stereotypes and prejudices. At some extent, these can become stronger and every exception to be considered that strengthens "the rule", but, on the other hand, it gives people the chance to have a more complex and clear view upon the people or the groups they have a stereotype or prejudice on.

I think that, in order to have a change in the mind-set, one should make a conscious effort to be aware of the stereotypes and prejudices and to actively change them. This experience has, at least, changed me!

Drei Themen, drei Meinungen

Der Mythos vom Sozialtouristen

von Varvara Stegarescu

In der EU lässt es sich wunderbar reisen. Sei es als Urlauber, Unternehmer, Student oder vermeintlich auch als »Sozialtourist«. Die letzte Kategorie stellt zunehmend eine Gefahr für das Werk der Europäischen Einigung dar. Auch in der EU lässt es sich wunderbar beobachten, wie nationalistische Tendenzen dazu beitragen, dass von der Offenheit und Weltgewandtheit Europas nur ein Mythos bleiben wird.

Die Debatte über den sogenannten »EU-Sozialtourismus« prägt diese Entwicklungen entscheidend mit. Die Fokussierung der Medien auf dieses neue »Phänomen« der Reisefreiheit wirft ein einseitiges Licht auf Osteuropa. Wird ein Westeuropäer gefragt, was er mit Osteuropa verbin-

det, werden oft Stichworte wie Korruption, Armut, Prostitution oder »Sozialtourismus« genannt. Manch einer könnte aufgrund der medialen Einseitigkeit denken, dass in Rumänien und Bulgarien nur »Sozialtouristen«, arme Roma, korrupte Politiker und Prostituierte leben. Wer sonst?!

Doch gibt es den »EU-Sozialtourismus« tatsächlich? Nach dem europäischen Aufenthaltsrecht haben die EU-Bürger das Recht, sich für mehr als 3 Monate in einem anderen Mitgliedstaat der EU aufzuhalten, wenn sie eine Erwerbstätigkeit ausüben oder nachweisen können, dass sie ausreichende Mittel und eine Krankenversicherung haben, um keine Sozialhilfeleistungen des

Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen zu müssen.

Sollte man länger als drei Monate bleiben und die Voraussetzungen nicht erfüllen, kann man aufgefordert werden, das Land zu verlassen. Anders sieht es aus, wenn man bereits als Erwerbstätiger ein Aufenthaltsrecht erworben hat und dann in Not geraten ist. Dann ist der Bezug von Sozialhilfe möglich. Mit anderen Worten, gesetzlich betrachtet sollte es keinen »EU-Sozialtourismus« geben.

Wie sieht die Situation auf dem Arbeitsmarkt aus? Laut der Bundesagentur für Arbeit gab es in Deutschland im August 2013 4.425.465 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Arbeitslosengeld II bezogen, und 6.129.169

nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Sozialgeld bezogen. Darunter betrug der prozentuale Anteil der EU-Bürger, die in Deutschland Sozialgeld bzw. Arbeitslosengeld II bezogen, 4,8% bzw. 5,3%. Der Anteil der EU-

Bürger rumänischer und bulgarischer Herkunft, die Sozialgeld und Arbeitslosengeld im August 2013 bezogen, betrug 0,6%. Mit der Verlässlichkeit der Zahlen sollte kritisch umgegangen werden, soll jedoch dem medialen

Aufschrei über den sogenannten »EU-Sozialtourismus« mehr Glauben geschenkt werden?

Das kleine Beispiel zeigt: Die Debatte über unser Europa ist essentiell, noch essentieller ist aber, sie sachlich zu führen!

Toleranz leben statt heucheln

von Janina Klement

Die jüngsten Ereignisse in Russland könnten Auslöser einer Debatte sein, an deren Ende idealerweise eine Gesellschaft steht, in der sich alle Mitglieder über die allumfassende Toleranz gegenüber jeglicher Partnerschaftsmodelle gewiss sein können.

Die wertkonservative Regierung unter Präsident Putin verabschiedete im Juni dieses Jahres ein Anti-Homosexuellen-Gesetz, das die Erwähnung des Themas Homosexualität in der Öffentlichkeit verbietet und unter schwere Strafe stellt. Diese Gesetzgebung ist eine schwere Einschränkung der Meinungsfreiheit und bedeutet in der Praxis, dass Verhöhnung, Verfolgung und Misshandlung von Homosexuellen in Russland strafrechtlich nicht verfolgt wird. Meiner Meinung nach bedeutet das Gesetz eine Verstaatlichung des konservativen Partnerschaftsmodells und die Verherrlichung einer Männlichkeit, die sich darüber definiert, überkommene Werte gewaltsam zu verteidigen.

Weltweit hat Putins Politik Bestürzung und Wut ausgelöst: Sowohl Bundespräsident Joachim Gauck als auch Frankreichs Präsident François Hollande kündigten ihren Boykott der olympischen Winterspiele in Sotschi an. Weltweit zeigen viele Menschen durch Demonstrationen und symbolische Aktionen ihr Mitgefühl und ihre Bereitschaft, den Verfolgten in Russland zu helfen,

für Aufklärung zu sorgen und eine Debatte anzustoßen.

Ich finde, dass dies die einzige richtige und angebrachte Reaktion auf die schrecklichen Entwicklungen in Russland ist.

Trotzdem ist es so, dass wir uns hier, in unserer als fortschrittlich geltenden westlichen Welt, noch lange nicht damit rühmen können, weltoffen und tolerant gegenüber Homosexualität zu sein. Es ist sehr einfach, sich über russische Verhältnisse zu empören und sich gegen Verfolgung und Erniedrigung von Menschen auszusprechen. Viele neigen dazu, die Entwicklungen, die besonders seit den 1980/90er Jahren stattgefunden haben, zu glorifizieren. Als wäre der große Fortschritt, dass Homosexualität legalisiert und zu einem wichtigen und offenem Thema wurde, ein ausreichendes Prädikat für unsere Gesellschaft. Dass es bei uns Gesetze gibt, die jeden Menschen vor willkürlichen und verachtenden Handlungen schützen und es seit 2001 für gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit gibt, Lebenspartnerschaften einzugehen, bedeutet nicht, dass die Entwicklung ausreichend ist, und wir uns darauf ausruhen können. Ich habe das Gefühl, dass trotz ausreichender Aufklärung und dem offenen und selbstbewussten Auftreten vieler homosexueller Paare die Mitte der Gesellschaft noch lange nicht erreicht ist und eine Floskel ist und bleibt. Dass

Homosexualität eben nicht als eine selbstverständliche Alternative zu einer heterosexuellen Beziehung gesehen wird, ist allein schon sprachlich zu entlarven. Wenn sich versichert werden muss, dass man ja generell nichts gegen Schwule oder Lesben hat, und dass es da ja auch einen Schwulen im Freundeskreis gibt, und man Homosexualität total normal findet, bedeutet übersetzt das Gegenteil. Ich muss mich und andere nicht von etwas überzeugen, das selbstverständlich ist.

Allein schon der Begriff »Coming Out« diskriminiert und zeigt an, dass es ein ungewöhnliches Merkmal ist, als Mann einen Mann oder als Frau eine Frau zu lieben. Es ist nicht üblich, sich als heterosexuell zu outen – warum eigentlich nicht?

Angenommen die Homosexualität eines bekannten Politikers oder Sportlers würde öffentlich, es wäre ernsthaft ein Riesenthema, um dessen Details sich Medien und alle möglichen Beteiligten und Nichtbeteiligten voyeuristisch reißen würden und das kontroverse Debatten auslöste.

Ich finde nicht, dass wir eine tolerante und geöffnete Gesellschaft in Bezug auf Homosexualität sind und vielleicht wäre es ein Anfang, damit aufzuhören, sich gegenseitig als Schwuchtel oder Dinge, die einem nicht gefallen, als schwul zu bezeichnen. Tolerant sein bedeutet eben

auch, tolerant und reflektierend gegenüber sich selbst zu handeln und sich bewusst zu sein, dass

wir alle ständig Fehler machen. Es ist sehr wichtig, progressiv zu denken und zu handeln, um die

Entwicklungen, die unsere Vor- generationen in Gang gesetzt haben, voranzutreiben.

Reaktion aus dem Ausland

von Niko Oerter

Am 29.11.2013 erschien in der FAZ ein brisanter Artikel über ERASMUS-Aufenthalte. Die Darstellung der Studierenden in diesem Artikel war überaus polarisierend, wodurch der Artikel mit der Bitte um eine Gendarstellung vom International Office der Universität Bonn an die ERASMUS-Studierenden weitergeleitet wurde.

Sehr geehrter Herr Steinkopf, mit Bedauern entdeckte ich Ihren Beitrag über das ERASMUS-Programm vom 29.11.2013 auf faz.de.¹

Ich kann die Unterstellungen, die Sie in Ihrem Artikel gemacht haben, nicht unkommentiert lassen, da Sie eine großartige Chance für Studenten aller Fachrichtungen in einem falschen Licht darstellen. Es ist mir darüber hinaus genauso unverständlich, wie Ihre vorgesetzten Redakteure die Veröffentlichung des Artikels in seiner jetzigen Form so ohne Weiteres zulassen konnten. Eine eigentlich so seriöse Zeitung wie die FAZ ist nicht dafür bekannt, sich einen solchen Fauxpas im Boulevard-Stil zu leisten.

Ihr Artikel liest sich wie ein Hassbrief mit aufgezwungener Polemik, die jedoch ohne wirkliche Substanz daherkommt. Schwarze Schafe gibt es überall, doch sind diese nirgendwo und keinesfalls die Norm. Das wissen Sie mindestens genauso gut wie ich, dennoch liest man Ihren Artikel und findet sich in einer desaströsen Darstellung wieder, die auch schlicht und ergreifend falsch ist. Das Budget für das ERASMUS-Programm war alles andere als unumstritten. Anfang 2013 war bereits eine drastische

Kürzung des Budgets geplant, die auf lange Sicht der europäischen Gesellschaft als Ganzes geschadet hätte.²

Die andere Seite des Programmes hingegen wird von Ihnen maximal in einer Fußnote unter einem Bild voller Spirituosen oder als Einleitung zum Artikel kurz und undifferenziert dargestellt. Ein Satz und fertig. Ich bitte Sie im Grunde genommen nur um eines: Vergessen Sie uns nicht! Differenzieren Sie ihre Darstellung weiter aus und scheuen Sie nicht alle Studenten über einen Kamm. Im Untertitel schreiben Sie, »[f]ür viele [sei] das Auslandsstudium aber nur eine einzige Party.« Diese Unterscheidung wird in Ihrem Artikel jedoch nicht wieder aufgegriffen. Es sind *die* ERASMUS-Studenten. Wir sind jedoch nicht alle gleich. Fakt ist, einige von uns stellen die künftige Bildungselite des Landes und nehmen das Studium allein schon deswegen mehr als ernst. Wir debattieren, recherchieren, forschen und bereiten uns auf unseren Einstieg ins Berufsleben vor.

In der heutigen Zeit bedeutet das für viele von uns, dass Auslandserfahrungen nicht nur eine Chance, sondern eine Notwendigkeit geworden sind. Viele Arbeitgeber setzen sie als Einstellungskriterium voraus und damit ist das ERASMUS-Programm die Chance, die eigentlich jeder Student nutzen sollte. Wir verbessern damit nicht nur unseren Lebenslauf, sondern können darüber hinaus auch persönlich an den Erfahrungen in anderen Ländern wachsen und im Wettbewerb mit Perso-

nen aus einer Vielzahl anderer Länder bestehen.

Sie schreiben in Ihrem Artikel, dass es einen tatsächlichen Zugang zur Landessprache nicht gebe, da Studenten meist »in einem speziellen Wohnheim isoliert« wohnen, in denen es keine Einheimischen geben würde. Diese Behauptung entzieht sich mir jeder Logik, da steigende Bevölkerungszahlen in den Städten meist mit großer Konkurrenz bei der Wohnungssuche einhergehen. Universitäten reservieren daher maximal einige wenige Plätze in einem universitären Wohnheim für incoming ERASMUS-Studierende, dennoch finden sich dort auch immer einheimische Studierende, sodass der Kontakt auf diese Weise keinesfalls verhindert wird. Aber man hat dort nicht nur Kontakte zu einheimischen Studierenden, sondern genauso zu Studierenden aus allen Ländern Europas. Der ERASMUS-Aufenthalt ist immer eine Art Miniatur-melting-pot, aus dem man sehr viele Erfahrungen über das Zusammenspiel verschiedener Kulturen machen kann. Aber dafür muss man natürlich auch kommunizieren. Damit komme ich auch direkt zu meinem nächsten Punkt: Ihren Ausführungen über die Sprache. Fremdsprachen sind schwierig und eine Fremdsprache zu meistern erfordert viel Disziplin, Motivation und natürlich im besten Fall auch den Kontakt mit Muttersprachlern. Zieht man den English Proficiency Index (EPI) zu Rate³, erkennt man, dass Englischkenntnisse in Europa starken Schwankungen unterliegen

sind. Von den 23 Ländern dieser Kategorie rangieren einige der beliebtesten ERASMUS-Ziele für Studenten, wie etwa Frankreich (Platz 22), Italien (Platz 21), die Tschechische Republik (Platz 17) oder auch die Türkei (Platz 23) im EPI-Vergleich unter jenen mit geringen oder sogar geringsten Englischkenntnissen. Aber das stellt keinen Grund dar, die Kommunikation durch »Englisch des kleinsten gemeinsamen Nenners« als Negativpunkt darzustellen. Viel wichtiger ist doch, dass die Studenten aus den verschiedenen Ländern und den Zielländern miteinander kommunizieren. Auf diese Weise funktioniert interkulturelle Kommunikation und interkultureller Austausch, wobei ganz egal ist, ob dieser auf Englisch oder einer anderen Sprache stattfindet, solange er überhaupt stattfindet. Ganz unabhängig vom Sprachniveau.

Es gilt nämlich darüber hinaus zu beachten, dass in vielen Ländern das Erlernen der Landessprache quasi verpflichtend ist. Ich bin selbst Student und derzeit mit dem ERASMUS-Programm in Catania auf Sizilien. Ohne Italienisch könnte ich hier keinen Tag bestreiten, da nur ein Bruchteil der Menschen wirklich Englisch spricht. Vom alltäglichen Lebensmitteleinkauf bis hin zur Kommunikation in der Universität läuft alles auf Italienisch. Sie dürfen nicht vergessen, dass auch das Lehrangebot an vielen

ausländischen Universitäten zu mindest zum Teil nur in der Landessprache verfügbar ist. Hier in Italien ist dies der Fall und es gibt mehr als genug Berichte über eine vergleichbare Situation beispielsweise in Spanien oder Frankreich.

Dass das ERASMUS-Programm nicht nur eine einzige Party sein darf, steht insofern auch außer Frage. Studierende sind durch vorher getroffene Vereinbarungen vertraglich an gewisse Leistungen gebunden. Wir vereinbaren vorher, in Zusammenarbeit mit den sendenden und den empfangenden Institutionen, ein sogenanntes Learning Agreement, auf dessen Grundlage wir auch die Förderung aus dem ERASMUS-Budget erhalten. Können wir diese Vereinbarungen nicht einhalten, so müssen wir die Förderung zurückzahlen. Schon allein aus diesem Grund ist es den Studenten unmöglich, den Auslandsaufenthalt als endlose Party zu »missbrauchen«. Wir müssen studieren, wir müssen Leistungen erbringen – wir sind vertraglich daran gebunden.

Um zu meiner Einleitung zurückzukommen: Schwarze Schafe gibt es überall. Natürlich kann nicht jeder Student als musterhaft bezeichnet werden. Jedoch haben ERASMUS-Studierende genauso wenig ein Alkoholproblem und ergötzen sich permanent an promiskuitiven Ausschweifungen. Wir genießen

das Zusammensein bei einem Bier, gemeinsames Kochen oder Unternehmungen in einer internationalen Gruppe. Dazu gehört natürlich auch zusammen feiern gehen, aber das ist auch nicht verboten. Anders sehen die Abende in der Heimat schließlich auch nicht aus – wir gehen zusammen etwas trinken, wir treffen uns, kochen, unternehmen etwas oder gehen auch mal feiern. Aber wir studieren auch.

Fakt ist, der Großteil der Studenten nimmt den Auslandsaufenthalt sehr ernst. Aus diesem und anderen Gründen finde ich, dass sich gerade ein anonymes Internetportal nicht als Grundlage für einen Artikel über das ERASMUS-Programm eignet. Es können vage Vermutungen sein, Übertreibungen oder auch schlicht und ergreifend Lügen. Daher bitte ich Sie eigentlich nur um eines: Vergessen Sie uns nicht.

Gezeichnet:

Niko Oerter

Ein ERASMUS-Student

¹vgl. <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/erasmus-studium-nachhaltiges-trinkenmacht-die-pflege-der-fremdsprache-entbehrlich-12680997.html> (zuletzt abgerufen am 16.12.2013).

²vgl. <http://www.euractiv.de/soziales-europa/artikel/gekrztes-eu-budget-bedroht-erasmus--co-007211> (zuletzt abgerufen am 16.12.2013).

³vgl. <http://www.ef.de/epi/> (zuletzt abgerufen am 16.12.2013).



Das Politicum ist ab sofort auch immer online abrufbar.

fachschaft-politik-soziologie.com/politicum

Wenn Geld die Wahrheit blendet

Universität Bonn will Kissinger-Lehrstuhl einrichten – nicht jedem gefällt das

von **Michael Herth**

Der Vietnamkrieg zählte ungefähr 1,3 Millionen Vietnamesen und 60 000 amerikanische Soldaten zu seinen Opfern. Als die USA Mitte der 1950er Jahre das erste Mal Bomben auf den asiatischen Staat abwarfen, saß der Republikaner Henry Kissinger als Sicherheitsberater eng an der Seite seines Präsidenten Richard Nixon. Er war ein führender, einflussreicher und – so wird ihm nachgesagt –strenger, dickköpfiger Staatsmann. Ein Mann mit Einfluss, ein Mann mit Macht. Ein Mann, der wusste, wie man das Bestmögliche herausholt.

»Friedenstaube« Kissinger

Macht besaß Kissinger auch, als 1968 amerikanische Flugzeuge Bomben auf das neutrale Kambodscha abwarfen – ein völkerrechtliches Vergehen. Kissinger war verantwortlich für diesen Angriff. Er als damaliger US-amerikanischer Außenminister hatte das – wenngleich indirekte – Kommando. Trotzdem erhielt der Politiker 1973 den Friedensnobelpreis, was bis heute heftig umstritten ist.

Kissingers Name soll nun bald auch an der Universität Bonn Ehrung erfahren: Der Lehrstuhl »Internationale Beziehungen und Völkerrecht« widmet diesem Staatsmann ein wissenschaftliches Bollwerk, eine Forschungsinsel, ein Stück Universität. Mit der Namensgebung geht eine Menge Geld einher: Eine Viertelmillion Euro soll das Verteidigungsministerium beisteuern, das Außenministerium weitere 50 000 Euro. Geld, das die Uni Bonn nur zu gut gebrau-

chen kann. Doch rechtfertigt das Finanzielle das Ideologische bzw. das Wissenschaftliche?

Es sind nicht nur die Geschehnisse rund um den Vietnamkrieg, die Kissinger als vollständig ungeeignet für den Namen eines Lehrstuhls für Völkerrecht aussehen lassen. Die USA und eben auch Henry Kissinger billigten 1973 den Putsch des demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile. Das Land rutschte danach in eine Militärdiktatur ab. Kissinger hat keinen Hehl aus seiner Ablehnung Allendes gemacht und von ihm stammt der berühmte Spruch »Ich will, dass die Wirtschaft in Chile weint«. Jürgen Habermas schrieb einst dazu, Kissinger habe »erhebliche normative Schäden in Kauf genommen, um die eigenen Interessen durchzusetzen.« Was bleibt, sind schwarze Flecken auf der angeblich »weißen« Weste eines Friedensnobelpreisträgers.

Wissenschaft in den Händen der Bundeswehr

Es sind nicht nur die politischen Geschehnisse um Henry Kissinger, die der Benennung eines wissenschaftlichen Lehrstuhls widersprechen. Wissenschaft sollte Neutralität bedeuten. Wissenschaft heißt, einer Frage nachzugehen, dessen Antwort man anfangs nicht weiß oder nur erahnen kann. Wissenschaft heißt Forschung an Themen, die man nicht kennt. Die direkte Finanzierung des Lehrstuhls durch ausgewählte, ideell schon vorgepolte staatliche Träger widerspricht dem Sinn der Wissenschaft voll und ganz. Besonders

das Verteidigungsministerium: Wie kann man einen Lehrstuhl, dessen Inhalte Frieden und gemeinschaftliche internationale Beziehungen sind, dem Verteidigungsministerium durch direkte Finanzierung nahezu unterwerfen? Wie sollen internationale politische Themen kritisch hinterfragt werden, wenn das deutsche Verteidigungsministerium die Forschungsgelder liefert? Wer möchte da noch über Sinn und Unsinn des Afghanistan-Krieges und dessen Folgen forschen? Wer möchte an so einem Lehrstuhl noch Kritisches über die Bundeswehr publizieren, ohne mit der Angst leben zu müssen, die Forschungsgelder werden gekürzt? Wer analysiert und vor allem bewertet die deutsche Waffenlieferung in den Nahen und mittleren Osten dann noch mit neutralem Blick?

Für den Rektor der Universität Bonn, Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, ist die Lehrstuhl-Benennung wohl weniger tragisch: »Die Henry-Kissinger-Professur beflügelt Forschung und Lehre auf den Gebieten der internationalen Beziehungen und der Völkerrechtsordnung.« Für ihn und die gesamte Uni scheint es neben finanziellen Interessen eher ein Prestige-Fall zu sein: »Die Ansiedlung der Professur an der Universität Bonn betont außerdem die enge Verbundenheit Henry Kissingers mit Bonn.«

Die AStA-Vorsitzende Alena Schmitz von der Grünen Hochschulgruppe zeigt sich derweil verärgert: »Die Uni sollte auch erkennen, dass ein Friedensnobelpreis allein als Qualifikation für eine Professur nicht ausreicht.«

Für Schmitz sei die Benennung des Lehrstuhls »absurd und ein Hohn gegenüber allen, die durch die bekannten Vorfälle gelitten haben«.

Die Benennung eines Lehrstuhls sollte gut überdacht sein. Ein Friedensnobelpreisträger als Namensgeber ist nicht verwerflich. Der Name eines kontrovers diskutierten, wissenschaftlich

kritisierten Staatsmanns, der weltweit mit mehreren, womöglich völkerrechtlichen Vergehen in Verbindung gebracht wird, kann einem Lehrstuhl des Völkerrechts jedoch nicht gerecht werden. Schon gar nicht an der Universität einer UN-Stadt.

Und eine Universität, die Gelder von bestimmten (!) staatlichen Institutionen annimmt, ist kein

Ort der unabhängigen Wissenschaft mehr, sondern vielmehr ein verlängerter Arm der Regierung.

Es gibt zu viele Kontroversen im Fall Kissinger und der Uni Bonn. Allein die Tatsache, dass eben solch eine Diskussion auftritt, sollte beweisen, dass diese Benennung des Lehrstuhls ein Fehler ist. ♦



Wir können noch mehr ...

... als nur das Politicum herausgeben! Bei uns in der Fachschaft gibt es die verschiedensten Dinge zu erledigen, bei denen wir uns über jede Unterstützung freuen!

Vom Ringseminar bis zur Party, von den Ersti-Tagen bis zum Dozentenpreis – das und noch sehr viel mehr auf die Beine zu stellen ist unsere Aufgabe. Wenn du uns helfen willst, dann komm vorbei:

Die Fachschaftssitzung findet im Semester jeden Mittwoch um 20 Uhr im Großen Übungsraum in der Lennéstraße 27 statt!

**Mehr Infos gibt's auch online
auf unserer Website —
fachschaft-politik.com**





Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit dreißig Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die jeweiligen Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

Redaktionsanschrift:

Redaktion Politicum
Fachschaft Politik und Soziologie

Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fachschaft-politik-soziologie.com
fachschaft-politik.com

ERSCHIENEN AM
20. Januar 2014

CHEFREDAKTEUR (V.I.S.D.P.)
Niko Oerter

AUTOREN
Hannah Sausen, Theresa Müller, Alexander Grantl, Leonie Gubela, Janina Klement, Marek Majewsky, Max Wilshaus, Daniel Stich, Caterina Marcucci, Lisa Kugele, Dagny Schwarz, Orsina Kather, Stefan Müller, Helge Dresen, Christian Klatt, Alma-Monica Gavritula, Varvara Stegarescu, Niko Oerter und Michael Herth

SCHLUSSREDAKTION
Lisa Kugele und Niko Oerter

KORREKTORAT & LEKTORAT
Matthias Schwär

LAYOUT, COVER, OHNE-WORTE-INTERVIEW
Alexander Grantl

MITARBEIT
Anne Jansen und Sara Schmid

DRUCK
Universitätsdruckerei der Uni Bonn